

Belgien und die Pariser Wirtschaftskonferenz.

F. S. Brüssel, 25. Juni.

Man braucht die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz nicht tragisch zu nehmen. Diese Zukunftspläne tragen den Keim frühen Verwelfens in sich selbst. Aus bloßem Haß schreitet man nicht über die natürlichen und tatsächlichen Voraussetzungen des Wirtschaftslebens hinweg. Aus den vertretenen Ländern selbst sind schon im voraus kritische Stimmen laut geworden gegen den Diszontantismus, der einen unmöglichen Zollverein aufbauen will. Und selbst Herr Clémentel, der Vorsitzende der Konferenz, scheint nach seinen Erläuterungen zu den Beschlüssen ziemlich skeptisch darüber zu denken. Geradezu komisch klingt es, wenn er den Italienern prophezeit, daß sie für ihre 250 bis 300 Millionen Früchteproduktion wahrscheinlich „einen Teil“ des deutschen Absatzes verlieren werden, daß aber Deutschland nach der langen Zeit der Einschränkung sich beeilen werde, die Tore für die Nahrungsmittelfuhr bedingungslos zu öffnen.

Die Seele des Werkes war Frankreich. Wenn es nicht bekannt wäre, würde man es aus dem aufgestellten Programm erkennen. Es enthält nur die Gedanken, welche die französische Wirtschaftspolitik seit langem erörtert. Daher kommt wohl auch die Wichtigkeit, die der Klausel der Meistbegünstigung beigelegt wird. Nach Herrn Clémentel sieht es beinahe so aus, als ob der ganze deutsche Aufschwung aus dem Art. 11 des Frankfurter Friedensvertrages hervorgegangen wäre. Bei der eigenen Skepsis der Franzosen geht man übrigens kaum fehl, wenn man annimmt, daß sie sich mit dem wirtschaftlichen Zusammenschluß der Bundesgenossen vor allem ein Kompensationsobjekt für die Friedensverhandlungen schaffen wollen. Deutschland hat große und wertvolle Pfänder in Händen, und bei der Bedeutung des deutschen Ausfuhrhandels glaubt man, mit rasch aufgerichteten zollpolitischen Hindernissen sich Gegenwerte zu schaffen. Auf deutscher Seite kann man freilich sich ruhig auf die innere Unwirklichkeit der Pariser Pläne verlassen.

Merkwürdigerweise hat die belgische Vertretung sich sehr lebhaft für die Sache interessiert. Herr de Broqueville, der Ministerpräsident, hielt es sogar für notwendig, in der Schlußsitzung sich mit einer Ansprache besonders hervorzuhaken.

Seit zwei Jahren liegt ein Alldruck auf der Welt, weil es dem Genius des Bösen gelungen war, meisterhaft seine Kraft zu organisieren in der Absicht, sie in den Dienst des Verbrechens zu stellen. Nun wohl, unserer Pflicht gegen unsere Zeit und gegen die kommenden Geschlechter bewußt, wollen wir uns gruppieren und unsere Macht vergrößern, um sie als strenge Hüterin der Freiheit, der Ehrlichkeit, der Gerechtigkeit hinzustellen: den Schuldigen rechtmäßige Rächtingung; den ehrlichen Staaten: Frieden und Sicherheit.

Es wäre wohl besser gewesen, Herr de Broqueville hätte nachgewiesen, wie Belgien bei diesem wirtschaftlichen Anschluß an seine Bundesgenossen bestehen soll, wenn es Deutschland verliert. Er glaubt wohl nicht, daß Deutschland bedingungslos alles annehmen muß, was der Verband in wirtschaftlicher Beziehung diktiert. Mit andern Worten, daß Belgien noch immer die deutschen Vorteile genießen werde, ohne Gegenleistungen zu bieten. Im Jahre 1912 entfielen von den 8,91 Milliarden belgischen Außenhandels 1,71 Milliarden auf Deutschland, also ein Fünftel. In dem dazu kommenden Transit von 2,44 Milliarden beziffert sich der deutsche Anteil auf 1,37 Milliarden, also auf mehr als die Hälfte. Es ist überflüssig, hier auf Einzelheiten einzugehen. Einen Nachbar, auf den man auch geographisch angewiesen ist, von dessen Transithandel man für das Gedeihen Antwerpens abhängig ist, schiebt man nicht auf die Seite, namentlich wenn er sich für seinen Transit auch einen noch besser gelegenen Konkurrenzhafen ausbauen kann, der nur danach verlangt, die ganzen Rheinsrachten an sich zu ziehen. Herr de Broqueville hätte besser daran getan, etwas zurückhaltender zu sein. Er kann Deutschland nur um so mehr den Wunsch nach den wirtschaftlichen Bürgschaften angeben, von denen der Reichskanzler im Reichstag gesprochen hat, und liefert jedenfalls einen neuen Beweis für die Notwendigkeit solcher Bürgschaften. Auf jeden Fall hat er aufs neue gezeigt, daß er die Zukunft Belgiens an der Seite Englands und Frankreichs sieht und sich darum in den Augusttagen 1914 von Illusionen leiten ließ, welche den tatsächlichen Interessen des Landes widersprachen. Er mag einwenden, daß die Wirtschaftspolitik Belgiens nach dem Kriege so wenig wie vorher mit der alten politischen Neutralität zusammenhänge und absolut frei sei. Aber über die wirtschaftlichen Tatsachen wird er nicht hinwegkommen.